

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16  
Friedrichstraße 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Verleger: Amt Moritzplatz 3105/08

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 30 Mf.

## Ein skandalöser Vorgang.

Seit einigen Jahren sind unsere Kollegen im Freistaat Sachsen bemüht, generell eine Ruhe-lohnordnung für die sächsischen Gemeindearbeiter zu erhalten. In zahlreichen Vorbesprechungen, Konferenzen und Verhandlungen mit den Gemeinden usw. waren sie dann endlich auch so weit gekommen, daß bereits vor Jahresfrist man sich einig war, eine Musterruhe-lohnordnung auf-

zu stellen. Dieser Arbeiter bekanntgegeben und dabei ausgeführt, es steht zu erwarten, daß hinsichtlich der Genehmigung der Orts-gesetze seitens des Ministeriums des Innern keine Schwierigkeiten mehr entstehen würden, nachdem den Bedenken des Ministeriums in weitgehendstem Maße Rechnung getragen, insbesondere eine Beitragsleistung der Arbeiter eingeführt und ein Aufbau auf den Bezügen der Reichs-versicherung vorgenommen worden sei.

Es ist dem Gemeindevorstand bekannt, daß eine Erklärung des Ministeriums, die diese Bemerkung rechtfertigte, nicht abgegeben worden ist. Das Ministerium des Innern nimmt Veranlassung, den

was auch geschehen ist. Die Gemeinden hatten nur einige Bedenken, die nicht die Regierung zu überwinden machte, und es wurde von jener Seite gedrängt, die Regierung bis zu gewissen Grade mit heranzuziehen.

In der Tat zeigte sich dann auch, die sächsische Freistaat-Regierung ihrer sozialistischen Auffassung und Bedenken entgegenstellte, die Kollegen in Sachsen zwar recht verständlich waren, auf dessen aber auf eben den Weg der Regierung einige Paragrafen im Entwurf umgearbeitet, so daß der neue Entwurf in der sächsischen Regierung entsprach. In den weiteren Verhandlungen im Ministerium hatten unsere Kollegen den Eindruck, daß nunmehr

**Wir steigen auf.**

Wir steigen aus der Tiefe auf,  
Mann und Weib und Kind.  
Wir steigen auf, weil wir hungrig sind  
nach des Lebens goldener Frucht...  
Unsere Hände sind rauh,  
unsere Kniele sind grau,  
wir kennen nur Arbeit, Mühe und Not,  
den ewigen Kampf um das tägliche Brot  
in der Fuge eintöniger Flucht.  
Doch wir haben von fern eine Welt geschaut,  
wo allen Menschen der Himmel blaut,  
wo alle Menschen ernten und bau'n,  
wo alle jubeln auf Blumenau'n...  
Und wir tragen ein Schonen himmelweit  
nach jener Welt voll Seligkeit,  
das läßt uns nimmermehr los.  
Wir steigen aus der Tiefe auf,  
Mann und Weib und Kind.  
Wir steigen auf in Mengen,  
wir steigen auf und drängen  
nach des Lebens goldener Frucht.  
Edith Gilmann-Großmann, Chicago.

Gemeindevorstand davon zu unterrichten, daß das Reichsfinanzministerium dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Berlin auf seine Anregung, eine Ruhe-lohn- und Hinterbliebenenversorgung in Angriff zu nehmen, ablehnend geantwortet hat, und daß im selben Ministerium Erwägungen im Gange sind, die Frage zum Gegenstand einer Besprechung mit den Landesregierungen zu machen, nachdem bekannt geworden ist, daß auch in anderen Reichsteilen ähnliche Bestrebungen zutage treten.

Nachdem es dies erfahren, hat das unterzeichnete Ministerium das Reichsfinanzministerium ersucht, die Angelegenheit, wenn eine gemeinsame Besprechung beabsichtigt werde, so bald als möglich zu erledigen, damit zu dem hier vorgebrachten Wunsch nunmehr schleunigst Stellung genommen werden kann. Jedemfalls kann bei dieser Sachlage das Ministerium zurzeit nicht ohne weiteres in Aussicht stellen, daß Orts-gesetze, die dem veröffentlichten Muster entsprechen, die Genehmigung der Staatsbehörden finden werden.

Bedenken des Ministeriums behoben seien und daß der endgültigen Genehmigung der einzelnen Orts- bzw. Gemeinde-gesetzgebungen nichts mehr im Wege stehe. Der neue Entwurf wurde also gedruckt. Auch der Arbeitgeberverband hatte in seinen Mitteilungsblättern veröffentlicht, und er forderte sogar seine Mitgliedsgemeinden auf, nunmehr (endlich!) aller Beilehnung die entsprechenden Orts-gesetze zu be-

Minist. des Innern. S. B.: gez. Bud. An den Sächs. Gemeindevorstand.

Dieses Schreiben beruft sich dabei auf die Verhandlungen, die gepflogen worden sind zwischen unserer Reichs-sektion der Staatsarbeiter mit dem Reichsfinanzministerium, und insofern hat die Frage der Ruhe-lohnversorgung ihre große Bedeutung weit hinaus über den Rahmen des Freistaates Sachsen. Die Verhandlungen sind leider auch dort auf dem toten Punkt angelangt, insofern, als unser Schreiben vom 8. August 1922 zur beschleunigten Erledigung einer Ruhe-lohn-gewährung für die Arbeiter des Reiches, der Länder usw. nicht nur zu einem ablehnenden Standpunkt geführt hat, sondern darüber hinaus mit einem Schreiben des Reichsfinanz-ministeriums vorerst endete, das folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 1. September 1922.

Der Reichsminister der Finanzen. I B 22360.  
Zum Schreiben vom 8. August d. J. — Nr. 343 A I —  
„Zur Frage der Gewährung von Ruhe-lohn an Arbeiter des Reiches und der Länder habe ich in meinem auch dorthin mit-

Aber nun stehen wir wieder vor einer neuen Schwierigkeit, und es ist kein Wort scharf genug, das die Situation bezeichnet, in die unsere Organisation hineingeraten ist dank der sozialistischen Ministerium Sachsens einerseits und dem Reichsfinanzministerium andererseits. Das sächsische Ministerium hat nämlich unter dem 8. September 1922 an den Sächsischen Gemeindevorstand folgendes Schreiben gerichtet:

Dresden, am 8. September 1922.

Der Sächsische Gemeindevorstand hat in seinen „Mitteilungen“ Nr. 8 vom 29. d. J. den Wortlaut eines Muster-gesetzes über Ruhe-lohn- und Hinterbliebenenversorgung gemeind-

geteilten Schreiben — I B 9798 — vom 2. Mal d. J. eingehend Stellung genommen. Wenn ich mich in diesem Schreiben mit Nachdruck dahingehend ausgesprochen habe, daß bei der gegebenen Finanzlage dem Reiche wie den Ländern eine solche neue Belastung nicht zugemutet werden kann, so gilt das in gleicher Weise für alle Körperschaften des öffentlichen Rechtes, insbesondere auch für die Gemeinden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der meisten Gemeinden ist bereits heute bis zur äußersten Grenze angestrengt, von vielen ist der Ruf nach Hilfe des Reiches erhoben, das unter dem Druck des Friedensvertrages selbst äußerster Not leidet. Mit Rücksicht darauf habe ich mich schon dagegen wenden müssen, daß der § 12 des Reichsmantelgesetzes für Gemeindearbeiter vom 21. Juni 1921 für allgemeinverbindlich erklärt wurde, da die Gemeinden mit der Gewährung eines Ruhelohnanpruches eine Last übernehmen würden, die sie in kürzester Zeit nicht mehr zu tragen vermöchten. Das Reich wäre aber ebensowenig in der Lage, hierbei eine Unterstützung zu leisten, wie es für seine eigenen Arbeiter ein Ruhelohnsystem aufbauen kann.

Bei dieser Sachlage müßte vielmehr, wenn die Gemeinden in völliger Verkennung ihrer Leistungsfähigkeit und der Finanzmacht des Reiches zur allgemeinen Gewährung von Ruhelohn schreiten und damit vielleicht unvermeidliche Konsequenzen für das Reich herbeirufen würden, das Reich eine Kürzung der an die Gemeinden zu leistenden Zuschüsse vornehmen, um in seinem eigenen Haushalt die finanzielle Grundlage für die ihm von den Gemeinden aufgezwungene Maßnahme für die Reichsarbeiter zu finden.

Ich darf daher im Einvernehmen mit dem preussischen Herrn Finanzminister die dringende Bitte aussprechen, die sächsische Landesregierung wolle ihren ganzen Einfluß aufbieten, um eine Maßnahme zu verhindern, die auf den Haushalt der Gemeinden wie des Landes und des Reiches in gleicher Weise einwirken würde.

Im Auftrage: gez. Unterschrift.

Es verlohnt sich unseres Erachtens nicht, viel Worte zu diesem skandalösen Vorgang zu machen. Wenn man sich daran erinnert, daß wir bereits im Jahre 1914, vor dem Kriege, 134 der größten Gemeindeverwaltungen in Deutschland hatten, die einen Ruhelohn eingeführt haben, und daß es Mitte 1922 bereits 921 Verwaltungen in Deutschland sind mit 227 211 Beschäftigten, so ist es allerhand, solche gespensterhafte Gefährdung der Finanzlage ausgerechnet von der Ruhelohngewährung abhängig zu machen. Zugugeben ist gewiß, daß die Finanzen der Gemeinden gegenwärtig nicht besonders günstig stehen. In gar keinem Falle aber ist diese Finanzlage auch nur in erheblichem Umfange beeinflusst von dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Ruhelohntasse, und schließlich wäre ja auch die letzte Konsequenz dieser merkwürdigen Auffassung des Reichsfinanzministeriums, daß die Pensionsberechtigung der Beamten mit Rücksicht auf die Mittel nicht mehr gewährleistet werden könnte. Denn einen prinzipiellen Unterschied anzuerkennen zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reiches und Staates wird doch zum mindesten nicht ein sozialistischer Minister konstruieren wollen.

Wir haben ja zu dieser prinzipiellen Frage wiederholt Stellung genommen und glauben deshalb, für heute davon Abstand nehmen zu sollen. Wir möchten noch einmal betonen, wie schon aus unserer Statistik aus Nr. 35 der „Gewerkschaft“ ersichtlich ist, daß immerhin 63,7 Proz. aller unserer Mitglieder, deren Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, einen Ruhelohn erhalten.

Wiederholt haben wir bei Verhandlungen im Zentralausschuß und mit den Arbeitgeberverbänden selbst von Vertretern des Freistaates Sachsen ein Verständnis gefunden dafür, daß eine möglichst einheitliche Ruhelohnregelung anzustreben sei, und es ist uns bekannt, daß der Unwille über diese farnose Stellungnahme des sächsischen Ministeriums (das sich so bereitwillig der Auffassung des Reichsfinanzministeriums anzupassen scheint) auch in Arbeitgeberkreisen der Gemeinden vorhanden ist.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, wenn unsere Kollegen in Sachsen darauf warten sollen, daß das Reich einmal eine andere Stellung einnimmt, so könnte das noch Jahre dauern. Es fragt sich also, ob man nicht dazu übergehen muß, nun auf

rein örtlichem Wege tariflich die Dinge mit der Ruheordnung endlich in Fluß zu bringen. Wir möchten jedoch vor unsere Kollegen auf diesem Wege ihre Interessen nehmen, an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich feststellen, daß die vielen Schereereien, die die Ministerien der Ruheordnung herbeigeführt haben und noch herbeiführen, keineswegs im Interesse der Gemeinden selber sein können. Die scheinbare finanzielle Belastung, die man befürchtet, sich auf anderem Gebiet zu weit größerer Belastung wirken, da ja die sozialen Einrichtungen einer Gemeinde unseren Kollegen gegenüber in ihrer Eigenart als meindeürger nicht verlagert werden können. Wir werden jedenfalls den sächsischen Gemeinden, die ja im Wissens im allgemeinen zeitweilig in dieser Frage durchaus loyalen und verständigen Standpunkt eingenommen haben, in bezug auf die Schaffung einer Ruhelohnordnung anheimgeben, gegenüber der Einsichtslosigkeit, die die sächsischen sowie auch die Reichsregierung auf diesem Gebiet gehabt haben, durch eigene Initiative und in Verbindung der zuständigen Organisation die Ruhelohnordnung endlich zu fördern, daß sie nicht ein dauerndes Streitobjekt bleibt, das in den letzten Monaten der Fall gewesen ist.

## Bruno Borchardts Arbeitsmoral.

Bruno Borchardt hat in den letzten Jahren oftmals über Arbeiterfragen entwickelt, die die unbefriedigende Abrechnung Sozialisten und Gewerkschaftler erfahren mußten. Das ist ein Teil auch von seinem neuesten sechshalb Seiten Artikel in Nr. 19 der „Sozialistischen Monatshefte“, den er „Worte über Arbeitsmoral“ nennt. Das „Geld unserer Volkswirtschaft“ ist die Ursache seiner Schreibe. Er sieht es als das Weltkrisis und des Versailler Friedensdiktats an. Das letztere nicht von uns abschütteln können, müßten wir durch gesteigerte Produktion (d. h. vermehrte Arbeit) aus dem herauszuwinden suchen.

Man kann Borchardt vielleicht darin zustimmen, wenn er bessere Verteilung der Arbeitskräfte sowie eine neue Gestaltung des Arbeitsprozesses verlangt. Das haben auch vielgeschmähten Betriebsräte seit Jahren gefordert. Inwieweit findet er, daß in den Staatsbetrieben zuerst Personal beschnitten, das anderwärts untergebracht werden müsse.

„Gerade die wichtigsten Produktionszweige können und wenn unsere Wirtschaft gesunden soll, noch sehr viel tüchtige Arbeitskräfte aufnehmen und Arbeit leisten, vor allem die Landwirtschaft die Ackerbau und der Wohnungsbau. Geradezu nicht sind die Zahlen der Minderproduktion in der Landwirtschaft, der Minderförderung an Kohlen und der Minderleistung in der Herstellung von Wohnungen. Durch eine gesunde Umschichtung der Bevölkerung durch Abwanderung aus der unproduktiven Verwaltungstätigkeit die produktive Verrichtung von Sachgütern allein kann unsere Wirtschaft allmählich zur Gesundung kommen.“

Auch dagegen ist nichts einzuwenden, wenn Borchardt die Steigerung der Produktivität nahegelegt, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einzuführen.

Sehr bedenklich ist es aber, wenn er im gleichen Atemzuge behauptet, der „Verlängerung der Arbeitszeit (Schichten usw.)“ und der „Anpassung der Arbeitszeit an die Konjunktur an. Da wird die Zahl der Arbeitslosen sehr groß genug!“

Am Schluß seines Artikels beschäftigt sich Borchardt speziell mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern. Da lesen wir:

„In jedem Gemeinwesen muß das Gesamtwohl über das Einzelne gestellt werden, und je mehr die einzelnen von dem Gemeinwohl durchdrungen sind, desto besser wird es um das Gemeinwohl stehen. Arbeiter sind die Klasse der Zukunft, weil ihre Klassenlage sie zum Zusammenschluß drängt, und ihre Klassenloyalität gerade die ist, die auch dem Gesamtwohl zugute kommt.“

Daran schließt sich aber folgender „weilheitsvoller“ Satz: „Heute aber leben wir, daß das bloße Eigeninteresse, der Egoismus des Individuums und der Gruppe, sich auch bei den Arbeitergegenstand zum Gesamtwohl breitmacht. Sonst wäre es rechtlich und verständlich, daß die Arbeiter in Gemeinde- und Staatsbetrieben das Reich, den Staat, die Gemeinde als den ihnen selbständigen Arbeitgeber ansehen, den sie niedergewingen und von dem sie sich



Arbeitsbedingungen herauspressen müssen als sie in Privatbetrieben. Dadurch wird die Allgemeinheit auf das schwerste belastet. So wäre z. B. kaum nötig, die Tarife der Berliner Gewerkschaften dauernd bis zu einem für die Bevölkerung allmählich zu steigern, wenn die städtischen Straßen- und Sonderverträge und Sondervergünstigungen (höhere Bezahlung der Sonntagsfahrten usw.) verzichtet und sich zu längerer Arbeitszeit entschließen wollten, wodurch eben ihre Zahl nicht unbedeutend verringert werden könnte. Der Gemeinde- und Arbeiterverband ist ja im Grunde der Idee einer gegenseitigen Entgegensetzung. Denn diese will die Arbeiter einerseits zu einem Verband zusammenschließen. Hier aber werden die sehr verschiedenartigen Betriebe zusammengeschlossen, die nichts haben als den Arbeitgeber, und dieser Arbeitgeber ist der Staat, der in normalen Zeiten wohl sehr mächtig ist, aber bei erschütterter Staatsautorität, ein besonders schwacher ist, dem daher Bedingungen aufgedrungen werden können. Ein privater Arbeitgeber, und der vor allem auch genötigt ist, einmal in den Betrieben vorhandene Arbeiter weiter zu beschäftigen, selbst wenn die rationellere Gestaltung des Betriebs dadurch verhindert wird. (Das sind alles recht unzutreffende Behauptungen, die zu gewissen Vorurteilen sich gar nicht erst Mühe machen.) In Wahrheit schädigen die Arbeiter sich selbst, wenn sie in dieser Weise gegen das Interesse der Allgemeinheit handeln; je unmöglicher die Gestaltung der allgemeinen Wirtschaft wird, um so mehr leiden letzten Endes darunter die in den öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter, deren Wohl eben doch untrennbar mit dem Wohl und Wehe der gesamten Wirtschaft verbunden ist. Eine innere Tafelsbergberechtigung hätte der Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverband, wenn er sich bemühte, seine Mitglieder mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß sie mehr noch als alle anderen dem Staat gegenüber das Gesamtwohl haben, daß sie auch dem Staat gegenüber Pflichten haben. Mögen die Leiter des Verbandes dieser wichtigsten Aufgabe bewußt werden und sie zu erfüllen, auch wenn sie sich dadurch den Unwillen vieler ihrer Mitglieder zuziehen. Es wird bald schon zutage treten, daß sie gerade in der Beschimpfung der Gemeinde- und Staatsarbeiter einen angeblichen Egoismus betreiben, die durch Streiks bessere Arbeitsbedingungen herauspressen müssen als sie in Privatbetrieben herauspressen könnten. Man verlangt, daß auch der Sozialdemokrat Borchardt weiß: es kommt nicht darauf an, ob die eine oder andere Arbeitergruppe mehr verdient, sondern ob der Arbeiter sozial Lohn erhält, daß er leben kann. Wie hoch es damit? Der Höchstlohn eines verheirateten Mannes in der Berliner Gemeindebetriebe mit zwei Kindern im August 1922 bei 48stündiger Arbeitszeit 1675,20 Mk., das von Dr. Kuczynski errechnete Existenzminimum 1282,80 Mk. hinterher zum Mindestlohn zurück! Wo bleibt da erst das Mindestlohn des ungelerten Arbeiters? Daß die Löhne der Gewerkschafts- und Staatsarbeiter fast allgemein unter den Löhnen der Privatindustrie zurückbleiben, darüber bezeugt die statistische Beilage Nr. 3 des „Korrespondenzblattes“ vom 19. August 1922, aber auch die Abwanderung von Arbeitskräften in die Privatindustrie. Der gewerkschaftliche Grundsatz war doch immer, daß der Achtstundentag den Arbeitern zugute kommen soll. Davon kann auch bei Straßenbahnen keine Ausnahme gemacht werden, wenn man, wie der gewerkschaftliche Führer ist und wie besonders der Gewerkschaftsleiter die Unbilden des Wetters zusehen. Borchardt darüber zu befürchten, ob unser Verband eine solche Unbilden ist oder nicht, halten wir für überflüssig. Wenn er nicht bekräftigt hat, wird er es auch in Zukunft kaum verweigern. Damit erledigen sich auch die „guten Ermahnungen“, die der „Gewerkschaft“ unseres Verbandes zuteil werden läßt. Wie sich B. der Mühe unterzogen haben, unsere ihm jederzeit zur Verfügung stehende „Gewerkschaft“ mit einiger Aufmerksamkeit zu lesen, ist längst bekannt, daß seine weisen Ratschläge, soweit sie berechtigt sind, schon seit Jahrzehnten praktiziert werden. Borchardt erscheint es uns, daß die „Soz. Monatsblätter“ doch mit Vorliebe das Organ der freien Gewerkschaften sein, solchen abwegigen Auffassungen Raum geben. Wir sind bereit, die Nachweise zu führen, daß gerade die wichtigsten Differenzen in Berlin ihre Hauptursachen in der Tätigkeit der beteiligten Organisationen haben. Das sollte eigentlich Borchardt wissen und darum ihm die Einheitlichkeit unserer Organisationen eine Vorbedingung rationaler Wirtschaftsmethoden in den Gewerkschafts- und Staatsbetrieben sein.

## Die Lohnpolitik der Gemeinden und Kreise.

Der Dollar steigt, alle Preise der Auslands- und Inlandswaren steigen mit, der Dollar fällt, alle Waren steigen weiter. Lohnverhandlungen und kein Ende. Bekämpfung des Wuchers wird angekündigt, der Wucher blüht wie nie zuvor. Die Verelendung der unteren Schichten nimmt rapid zu. Noch so hohe Gehalts- und Lohnzulagen bringen keine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Wie lange läßt sich dieser Zustand noch halten? Sind die hohen Preise für unsere einheimischen Produkte Wucher oder eine Notwendigkeit? Mit welchem Rechte will man die hohen Obstpreise rechtfertigen? Wenn die Herstellungskosten bei der Landwirtschaft so hohe sind, daß selbst die jetzigen Preise für landwirtschaftliche Produkte zu niedrig sind, wie ist es dann zu erklären, daß man auf dem Lande versucht, den Kleinpächtern das Land zu nehmen. Wenn das Land angeblich nur Mühe und Arbeit verursacht, ohne daß es einen angemessenen Gewinn abwirft, warum ist man dann nicht froh, es bei den jetzigen hohen Pachtpreisen loszuwerden. Da fließt doch den Landwirten das Geld ohne Mühe in den Schoß. Aber die Herren wollen umgekehrt das Land zurückhaben, weil sie nicht Geld zu sehen, sondern weil sie durch die Wucherpreise Riesengewinne erzielen. Aber auch bei dem Groß- und Kleinhandel ist nicht alles einwandfrei. Geht es nun am guten Willen oder an der Macht, den Wucher wirksam zu bekämpfen? Mit schönen Worten und Versprechungen allein wird das Uebel nicht beseitigt.

Die ungeheuerlichen Warenpreise, die damit im Zusammenhang stehenden Erhöhungen der Löhne und Gehälter erfordern Riesensummen, die nicht so schnell zu beschaffen sind. Die Geldknappheit in Verbindung mit den ungenügenden Löhnen verursachen Unruhe. Eine unbestreitbare Tatsache ist es, daß die in der privaten Industrie erzielten Löhne weit über den Löhnen der städtischen Arbeiter stehen. Die Folge dieser Lohnpolitik ist, daß die besten Arbeitskräfte den städtischen Betrieben verlorengehen. Namentlich trifft das bei den jüngeren kräftigen Arbeitern zu. Den Schaden haben natürlich die städtischen Betriebe. Was man auf der einen Seite glaubt am Lohn sparen zu können, muß auf der andern Seite durch vermehrte Einstellung zum Teil schon erheblich verbrauchter Arbeiter reichlich wieder ausgegeben werden. Die Stadtoverwaltungen verfallen auch in den Fehler, daß die sozialen Einrichtungen im Lohn über Gebühr angerechnet werden. Tatsache ist es, daß in der privaten Industrie, soweit Großbetriebe in Frage kommen, fast alle sozialpolitischen Einrichtungen der Städte bestehen. Urlaub wird heute allgemein gewährt. Viele Großbetriebe haben für ihre Arbeiter und Angestellten Ferien- und Erholungsheime errichtet. Oftmals erhalten die Arbeiter dieser Großbetriebe einen Ruhe-lohn. Welchen Vorzug haben nun noch die städtischen Arbeiter. Eine unterschiedliche Entlohnung mit den Industriearbeitern läßt sich daher durch nichts rechtfertigen. Dann wird bei allen Lohnverhandlungen die alte Walze aufgezogen, wir haben kein Geld. Es muß zugegeben werden, daß wohl fast alle Städte für viele Millionen Ausgaben noch keine Deckung haben. Die Einnahmen sind zu gering, um davon die gewaltig gestiegenen Ausgaben zu decken. Das Recht, einen prozentualen Aufschlag zur Einkommensteuer zu erheben, besteht nicht mehr. Den Kreisen und Gemeinden ist aber nicht damit gebietet, für irgendeine unbedeutende Sache Steuern zu erheben, die nicht einmal die dafür verwendeten Verwaltungskosten decken. Es gibt vereinzelt kleinere Städte, die einen ausgedehnten Waldbestand besitzen. Aus den Forsten werden jetzt Riesensummen gezogen, und die Finanznot wird dadurch behoben. Den meisten Städten bleiben aber nur die gewerblichen Betriebe. Unmöglich können aber Gas, Wasser, Elektrizität das aufbringen, was an Lohnzulagen für städtische Arbeiter ausgegeben wird. Aber auch so kann es nicht gehen, daß die Gemeinden nur auf Kosten der Arbeiterlöhne etwas erleichtert haben. Das Reich ist verpflichtet, den Kreisen und Gemeinden größere Einnahmequellen zu erschließen. Zuschläge zur Einkommensteuer, die Kraftfahrzeugsteuer scharf angezogen, dürften ein geeignetes Mittel sein, die Finanznot etwas zu beheben. Der Straßenbau der Gemeinden und Kreise wird durch die Kraftfahrzeuge stark beschädigt und erfordert für Ausbesserungen und öfteren Neubau erhebliche Mittel. Dann aber müßte jedem Wucherer Vermögen und Besitztum genommen werden. Das wäre eine wirkliche Bekämpfung des Wuchers und würde immerhin erhebliche Summen einbringen.

Notwendig ist aber vor allen Dingen, daß die Gemeinde- und Kreisbetriebe nicht so bürokratisch verwaltet werden. Hier nur ein Beispiel von vielen. Beim Landstraßenbau in der Provinz Hannover werden die Arbeiten am Ende des Monats abgegeben. Der Wegemeister stellt alles zusammen und errechnet den Lohn. Dann geht alles an das Landesbauamt. Hier wird nochmals alles





in München die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vom 11. Juli zu beantragen. Das Sozialministerium lehnte die Verbindlichkeitserklärung mit der Begründung ab, daß eine Einigung beider Parteien bei gutem Willen möglich sei. Der Antrag des Sozialministeriums folgend, lud der Reichsarbeiterverband zu Verhandlungen am 1. September ein. In dieser Verhandlung wurde nochmals nach äußerst schwierigen Verhandlungen eine Einigung über den Landeslohntarif erzielt, und zwar in der Weise, daß die Städte Nürnberg, Fürth und München-Pasing als Ortsklasse den Anschluß ihrer Höchstlöhne an den Durchschnitt der Gehaltsklasse V und der niedrigen Löhne an den Durchschnitt der Gehaltsklasse III der Beamten erhalten.

Die Spannung zwischen den einzelnen Lohnklassen wird errechnet durch den Unterschied des Durchschnitts der Gehaltsklasse V und der Gehaltsklasse III. Für die übrigen Städte der Ortsklassen A und B ist der Ausgleich der Höchstlöhne mit dem Durchschnitt der Gehaltsklasse IV und V der Beamten und der Städte der Ortsklassen C, D und E der Anschluß an den Durchschnitt der Gehaltsklasse IV festgesetzt, und zwar an das jeweilige Durchschnittseinkommen der betreffenden Beamtinnen innerhalb 18 Jahren. Der Höchstlohn wird in drei Jahren die Spannung vom Höchstlohn auf den Anfangslohn beträgt 3 Proz. mit je einprozentiger Steigerung vom Anfangslohn bis zum Höchstlohn. Die Spannung von Lohnklasse zu Lohnklasse wird prozentual errechnet aus der Summe, um die die Gehaltsklasse III der Beamtinnen niedriger als die der Lohnklasse V in Ortsklasse A ist. Daraus ergibt sich, daß die Spannung von Lohnklasse zu Lohnklasse in den unteren Ortsklassen B, C, D und E sich immer mehr vermindert. Zu den errechneten Löhnen kommen Übersteuerungszuschüsse und Frauenzulagen, ebenso auch Zuschläge nach den Sätzen wie bei den Beamten gewährt. Auch die Kinderzulagen. Das neue Abkommen gilt vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1923. Es läuft um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer von der Vertragspartei gekündigt wird. Für den Fall, daß in der Zwischenzeit im Beamteneinkommenssystem eine grundlegende Veränderung eintritt, ist dieses Abkommen in demselben Rahmen der Angleichungsgrundsätze neu aufzustellen. Wie sich die Löhne nunmehr auswirken, ergibt sich aus vorstehenden Lohnabstimmungen.

Für Frauen kommen Frauenzulagen und Übersteuerungszuschüsse. Die Kinderzulagen in gleicher Höhe und Voraussetzung wie bei den Beamten.

Die beschlossene Rückwärtsbewegung der Löhne auf den Satz

der Reichsarbeiter konnte nach langwierigen Verhandlungen erreicht werden und darüber hinaus für die Städte der Sonderklasse der Ortsklasse A und der Ortsklasse B — in denen mindestens 85 Proz. aller unter den Tarif der Gemeinbediensteten fallenden beschäftigt sind — noch wesentliche Erfolge gegenüber dem bisherigen Stande erzielt werden.

Es haben schon dreimal Verhandlungen über einen neuen Bezirksmanteltarif stattgefunden. Die städtischen Arbeiter Bayerns haben hinsichtlich des bisherigen Manteltarifes in bezug auf die §§ 8—12 des Reichsmanteltarifes noch manches voraus, das ihnen, wenn nicht auf einmal, so aber nach und nach genommen werden soll. Die städtischen Arbeiter Bayerns haben das größte Interesse daran, ihren Verband lückenlos auszubauen und ihn schlagkräftiger denn je zu gestalten, sowohl in finanzieller Hinsicht, wie auch in der Durchführung des letzten Gemeinbediensteten in unseren Verband.

## • Rus Politik und Volkswirtschaft •

### Nostisches.

**Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).** Der 24. September 1922 wird in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands einen Markstein und Wendepunkt bedeuten. War die sogenannte Politik des 4. August 1914 die Ursache des späteren Auseinanderfallens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, so wurde der 24. Juni 1922 (der Tag der Ermordung Rathenaus) letzter Anlaß, daß wenigstens zwei Teile der alten Partei, SPD. und USPD., fortan in engere Fühlung miteinander treten. Diese führte schließlich am 24. September auf dem gemeinsamen Parteitag der SPD. und USPD. in Nürnberg zu dem Beschluß, beide Parteien ab 1. Oktober 1922 zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verschmelzen. Damit dürfte der jahrelange mit äußerster Erbitterung geführte Bruderkampf vorüber sein, unter dem ja auch die Gewerkschaften so stark gelitten haben. Wie viele ihrer Aktionen wurden gelähmt und brachten daher nicht die gewünschten Erfolge, weil die politischen Fehden der Arbeiter in die Gewerkschaften hineingetragen wurden. Wie viele braver Funktionäre wurden von der politisch anders gesinnten Mehrheit kaltgestellt oder zogen sich verärrert aus den vorderen Kampfesreihen ihres Verbandes zurück. Wir erinnern nur an die Bruderkämpfe in unseren Filialen Berlin, Leipzig, Halle, Bremen usw. Diese Kämpfe werden nun zwischen den bisherigen SPD.- und USPD.-Anhängern begraben sein. Damit dürfte das Gewerkschaftsleben in agitatorischer, organisatorischer und tatlicher Beziehung stark befruchtet werden, so daß die Vereinigung von SPD. und USPD. von den Gewerkschaften nur auf das wärmste begrüßt werden kann. Leider fehlen aber noch

## Aus dem wiedererwachenden Petrograd.

Petrograd, 25. August 1922.

Ein und ein halbes Jahr habe ich warten müssen, ehe ich endlich am 9. August auf der russischen Legation in Stockholm meinen zur Exzelle nach Rußland visiert erhielt mit dem Rechte, mich selbst Fußfahndung auf meinem eigenen Motorrad frei bewegen dürfen. Aber kaum haben wir die finnisch-russische Grenzzone überschritten und kommen hinein in das Vorstadtsgebiet als der Zug bewacht von einem typischen Arbeiterpublikum in Fegen und gepfeiften deren Lohn wohl für die Bratration reicht Lebensunterhalt, aber nicht für Kleidung.

Gleich in Petrograd angekommen, fahren wir über die Brücke durch die Newastadt, welche im glühenden Sonnenlicht längs des Flusses hinstrahlt. Der Traum, in dem ich im Jahr 1920 sah, das schlafende Petrograd und das schlafende Rußland, ist verschwunden. Die Verzauberung ist gebrochen und das Leben bereits eine vollendete Tatsache. Leben und Bewegung, und Augustdröhen überall. Das Straßengestühl ist natürlich schief, aber die Renovierungsarbeiten sind überall in der Gasse. Remisij-Prispekt ist schon beinahe fertig, fein und wie früher. Das Grandhotel entdeckt man schon von weitem durch die vielen Autos und Droschken, die davor halten. Eine Tour durch die Stadt weist manche Andenken an die alte Zerstörung auf. Am Kai außerhalb der Stadt liegt ein großer Dampfer und die Verladung geht flott vor sich. Ein Strom von promenierenden und flirtenden Herren und Damen! Aus den Eingängen der Kinos strömt eine Flut von Menschen und der Schall lagender Stimmen. In der Michailowskistraße ein Bogen elektrischer Lampen, daß das alte Hotel d'Europe wie in hiesigen Tagen wie ein Vogel Phönix wiedererstande ist. Ich sehe mich um fünf Jahre in der Zeit zurückversetzt. Dasselbe Bild, dieselben entzückenden Teppiche und der gleiche weiße Marmor wie früher. Derselbe Strom von besuchenden Hotelgästen, und eleganten Damen Arm in Arm. Der Portier wechselt

wie früher höflich meine schwedischen Kronen gegen Rubel. Ein Rubel — jetzt eine Million heißen — für eine Krone. Genau wie 1917. Zur Linken eine Luxusbar mit einem Publikum von Geschäftsleuten, die die Möglichkeiten diskutieren, in einigen Stunden ein Vermögen zu verdienen. Eine halbe Treppe höher einer der elegantesten Speisefälle der Welt mit brausendem Orchester und knallenden Champagnerorken. Und dann das Kabinett darüber. Mit singenden Herren und Damen, wo früher die russischen Großfürsten ihre Orgien feierten.

Eine Woche kann ausreichen, um sich aus den sich widersprechenden Urteilen über das, was in Petrograd und Rußland vor sich geht, eine eigene Ansicht zu bilden. Petrograd macht den Eindruck eines Patienten, der eine schwere Operation hinter sich hat, jetzt aus einer langen Betäubung zum Bewußtsein erwacht, die Augen öffnet und anfängt, sich zu rühren. Als ich zuletzt, vor zwei und einem halben Jahre, Petrograd sah, lag es noch wie in einer Betäubung und gelähmt. Jetzt kehrt das Leben zurück und das Blut pulsiert schneller mit jedem Tage.

So volle Bäckerläden wie jetzt hat es seit langer Zeit vor der Revolution nicht gegeben. Für eine Krone (1 Million Rubel) erhalte ich in den Konditoreien am Newstij — die genau so sauber und gemächlich sind wie Londons kleine Teerestaurants — ein paar Glas warme Milch oder Tee mit so vielen herrlichen Weißbröten, wie ich nur zu essen vermag. Und ein Table-d'hôte-Mittag mit drei Gerichten erstklassig im Grandhotel kostet 5,50 Kronen, in einfacheren Restaurants eine „Million Rubel“. Allerdings sind die Gehälter noch sehr klein, für Frauen variierend von 50, höchstens 250 per Monat und für Männer von 60 bis 500 (Chefsgehälter in vereinzelten Fällen doch bis beinahe 5000, also 5 „Millionen“). Aber der Bedarf der Russen ist ja besonders gering.

Es ist daher nicht zu verwundern, daß wieder Hoffnung und Freude darüber, daß man wieder leben kann, aus jedem Antlitz strahlt. Die frühere Angst ist im allgemeinen verschwunden. Man kritisiert ganz offen sowohl das eine und das andere, aber, sagt man, die „Revolution“ ist vorbei, und jetzt gibt's nur die „Repo“ — die

alle Voraussetzungen zu einer Vereinigung mit den Kommunisten. Durch die Abhängigkeit der KPD von Moskau und der von dort ausgehenden Parolen stoßen sich die Kommunisten von den nun vereinigten Sozialdemokraten mehr ab, als daß sich beide Teile anziehen. Ihre verhängnisvolle Zellenbaupolitik usw. wirkt gewerkschaftlich mehr störend als aufbauend, wie u. a. ja der Zerfall unserer Filiale Halle beweist. Dagegen werden sich die Gewerkschaften nach wie vor wehren müssen, was ihnen jetzt um so leichter fallen wird, nachdem die Richtungsstreitigkeiten: die SPD. — die USP. weggefallen. Hoffentlich kommt aber über kurz oder lang auch eine Vereinigung mit der KPD., so daß dann die klassenbewußte Arbeiterschaft in alter Einheitsfront marschieren kann, zur leichteren Überwindung der Reaktion und des Kapitalismus.

Dem Einigungskongreß von Nürnberg gingen Parteitage der SPD. und USP. voraus. Die SPD. tagte vom 17. bis 23. September in Augsburg. Nach den Begrüßungsreden des Genossen Simon Augsburg, des Parteivorsitzenden Müller und der zahlreichen Gäste der ausländischen Bruderparteien folgte die Erstattung des Berichts des Parteivorstandes durch Dr. Adolf Braun, Fr. Bartels und Marie Tschacz. An der Debatte beteiligten sich auch die preußischen Minister Otto Braun und Severing, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der sächsische Wirtschaftsminister Felsch. Aus der Rede des Ministers Schmidt ist hervorzuheben, daß er sich rückhaltlos zum Gedanken der Sozialisierung der Volkswirtschaft und zur Erfassung der Sachwerte bekannte, wobei er die Redner gebührend abführte, die von einem Schlagwort der Sozialisierung und der Erfassung der Sachwerte gesprochen hatten. „Wenn wir uns nur begnügen wollten mit der Demokratie, dann brauchen wir nicht Sozialdemokraten zu sein“, rief er ihnen zu. Allerdings ist auch Schmidt der Meinung, daß sofort die Sozialisierung nicht durchgeführt werden kann. „Aber sie bleibt unsere Forderung, bleibt unser Ziel.“ Den Bericht der Reichstagsfraktion gab Vogel-Nürnberg. Hierzu folgte der Parteitag eine Entschließung, aus der wir folgende Sätze wiedergeben:

Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird. — Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen. — Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben. — Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig: 1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden kann. 2. Verbot gewerbmäßiger Herstellung und Festhalten von Rüben und Konditorwaren. 3. Finanzierung aller leistungsfähigen Kreise von Handel und Industrie zur Ausbringung der Mittel für den Lebensbedarf der am schwersten lei-

neue ökonomische Politik. Die größeren Geschäftsleute merken jedoch immer noch, daß die Kommunisten am Ruder sind und jedes Zeichen einer neuen Beschränkung der privaten Unternehmertätigkeit wird natürlich mit der größten Genauigkeit vorgemerkt.

Die Behörden haben die neu erwachende Energie und den Zustrom an freien Arbeitskräften benutzt, um allerhand Reparationsarbeiten in Gang zu setzen. In erster Hand hat man da das Instandsetzen der während der letzten Winter ruinierten Kanalisationsleitungen sowie die Erneuerung des Straßenpflasters in Angriff genommen. Eine Riesearbeit. Im Innern der Häuser entfernt man die während der Zeit des schwersten Brennmaterialmangels eingesehten kleinen Blechöfen, und die eisernen Herde werden wieder instand gesetzt.

Die alten Hausbesitzer dürfen ihre früheren Häuser wieder in Besitz nehmen unter der Bedingung, daß sie die Reparaturen vornehmen. Jedoch nur wenige haben genügend Mittel hierzu. Aber die Mieter, oder richtiger wohl die Einwohner des Hauses, schließen sich statt dessen zu diesem Zwecke zusammen und verteilen die Kosten unter sich. Ein Schornsteinfeger erzählte mir, daß, nachdem seine ganze Gilde während drei Jahren untätig gewesen war, währenddem sie in den Putzloswerten gearbeitet hatten, sie nun alle wieder übergenug Arbeit hätten. Er selbst verdient 30 „Millionen“ täglich.

In bezug auf die ökonomische Lage im allgemeinen will ich hier den Hauptinhalt einer Unterhaltung wiedergeben, die ich mit dem zweiten Direktor (der erste Direktor Sergejew ist hier, wie bei den meisten Unternehmungen, Kommunist) der Reichsbank in Petrograd, Herrn Tarnowsky, hatte, der unter dem alten Regime Präsident der mächtigen sibirischen Handelsbank war.

Um nicht allzuviel Zeit bei dem Wiederaufbau Rußlands zu verlieren, sagt Herr Tarnowsky, ist natürlich ein großer Import vom Auslande erforderlich. Die Bedingung hierfür ist entweder ein entsprechender Export oder Kredit. Exportiert werden kann im Augenblick hauptsächlich: Flachs, Häute und Holz. Daß Rußland vorläufig noch Schwierigkeiten hat, mit dem Auslande zu konkurrieren, beruht teilweise auf den hohen Steuern, mit denen die Industrie belegt ist,

benben Zelle (Sozial, Kleinrentier usw.). 4. Begünstigung der schließlichen Verträge für Kartellisten. 5. Die Regierung erzwingen. 6. Der Zuder aus der heimischen Erzeugung ist zu den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zuder zu den, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen. Die Zuder der Kontrolle darf der Inlandszucker nicht gewährt werden. Auslandszucker ist nur gebaut hereinzulassen. 7. Soweit die es gestattet, ist die Einfuhr von Gezeirteisen zu begünstigen. 8. Die Zuder für Kinder und Kranke notwendigen Milch, wenn nicht zu erreichen durch die Herstellung von Butter. 9. Die Zuder bis zu einem Stammsatzgehalt von 8 Proz. hergestellt werden. Herstellung von Spiritus ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke gestattet. 10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Stätten, die Trinkbranntwein ausgeben. 11. Strenge Durchsicht der Bücher, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Ferner wurden Anträge angenommen, welche energig Republikanisierung der Reichswehr fordern, sich gegen die nähen Umtriebe in Bayern wenden, für ein Verbot der schwarzen roten Fahne und für die Einführung der Reichslage als der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelschiffe einzutreten. Frage der Steuerung der Wohnungsnormen. 12. Erleichterung der Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusammentreten Reichstags von der Reichsregierung die schleunige Vorlage Programms für die Finanzierung des Wohnungsbaues kommenden Baulampagne und Maßnahmen gegen den Wohnunger zu verlangen. Angenommen wurden Anträge, die die führung des 1. Mai, des 11. August und des 9. November als liche Feiertage fordern, die Aufhebung der Bau- und die Sozialisierung des gesamten Bergbaues und für Oberkesseln wird schnellste Hilfe gefordert und die beauftragt, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Vinderung der Not der oberkesselfischen Flüchtlinge bereitgestellt werden. Weitere Beschlüsse wenden sich gegen den Wäsfadenwucher, die unglücklichen Befahrungszustände im westlichen Gebiet der deutschen Republik und gegen die Sachleistungen aus dem Vertrag, die das wirtschaftliche Können Deutschlands weit steigen. Auf Antrag Löbe wurde beschlossen, den Eintritt der Völkerbund zu verlangen. In einer Resolution wird zum der Republik unbedingt gefordert, daß die Demokratie Verwaltung mit verstärkter Kraft fortgeführt wird, und finanzielle Auseinandersetzung mit den früheren Fürstentümern verlangt. Dabei ist auf die Entstehung der meisten künstlichen Vermögen aus Steuermitteln des Volkes Rücksicht nehmen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit erworbenen Baubauentwürfe, Kunstschätze usw. sind der Allgemeinheit zu erhalten. Eine weitere Resolution fordert die Reichstags auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpoli-

teils auf den teuren Lebenskosten mit daraus sich ergebenden Arbeitslöhnen und teils schließlich auf dem Umstande, daß die „Industrien“ des Staats in Anspruch genommen werden, keinen genügenden Ansporn zu energischer erhalten. Je nachdem wie die Ernte eingeht und die Lebens sinken, werden die Verhältnisse jedoch besser. Die Steuern auf Industrie, die bis jetzt bis ungefähr 50 Proz. der Arbeitslöhnen tragen können, wozu der größte Teil für die sehr teure Versicherung, können nur herabgesetzt werden, wenn das Kredit erhält.

Ein Hindernis für den ausländischen Kredit ist, wie bei, daß die Kreditgeber verlangen, daß das Eigentumsrecht an Produktionen wieder eingeführt werden soll. Ein anderes Hindernis ist das Export- und Importmonopol des Staats. Herr Tarnowsky wollte sich nicht äußern über die Möglichkeit einer Änderung Prinzipien. Dagegen meinte er, daß ein Kredit wesentlich werden würde durch die Stabilisierung der Wäsluta. Zu Zwecken beobachtet der Staat von jetzt ab große Sparsamkeit in auf alle Ausgaben. Alle unnötigen Beamten werden entlassen und Steuern werden rücksichtslos eingetrieben. Der Staat sich auch große Einkommen geschaffen dadurch, daß er als nehmer in allerhand gewinnbringende Unternehmungen eingest, wie Hotels, Restaurants, Kinematographen und Spielhäuser. Überall ist der Staat mit dabei als Bedingung für die Ernte der Konzessionen.

Hierdurch ist es der russischen Regierung geglückt, während letzten drei bis vier Monate die russische Wäsluta ziemlich fest zu halten, wodurch das Vertrauen langsam zurückkehrt. Herr Tarnowsky teilte schließlich mit, daß man in der nächsten Zeit offizielle Goldbasis einzuführen gedenkt, allerdings noch ohne pflichtung der Reichsbank, die Scheine gegen Gold einzutauschen, aber so, daß alles wieder in Goldrubeln gerechnet wird.

Die Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage, die während während der letzten Zeit stattgefunden hat, trifft jedoch nicht die Bevölkerungsgleich. Die größten Gewinne sind von



Wohlstand mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Die Leistungen müssen erhöht, die Reichsversicherung im Sinne einer allgemeinen Volksfürsorge vereinheitlicht und die Notstandsmaßnahmen müssen im Geiste weitestgehender durchgeführt werden.

Dann folgte das Referat des Parteivorstehenden Wels über die Internationale und die Einigung des Proletariats. Wels wertete im ersten Teile die internationalen Beziehungen der SPD. Er machte sich mit ganzer Schärfe gegen den Bolschewismus und Kommunismus, die insbesondere die französische und italienische Arbeiterbewegung gespalten und die letztere dem Faschismus ausgesetzt haben. Er legte dann im einzelnen dar, in welcher Weise die Vermählung mit der U.S.P. sich vollziehen soll, nach den Beschlüssen der beiderseitigen Parteileitungen. Ohne Debatte wurde einstimmig der Vermählung und dem vorgelegten Aktionsprogramm zugestimmt. Hierauf referierte Rechtsanwalt Dr. Sauer-München über „Lustigereform“, dem in der Debatte der Reichsjustizminister Radbruch ausführlich antwortete. Es folgte der Bericht Dr. Grotjahn über das Gesundheitsprogramm. Nach kurzer Debatte wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Das Göttinger Programm der Sozialdemokratie ist folgender, die Gesamtheit umfassender Absatz über Gesundheitspflege einzufügen: „Nehmung des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den öffentlichen Bereich. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens, dessen Ausdehnung auf alle Volksangehörigen. Planmäßige Verwaltung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller gesundheitslichen Heil- und Pflegeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung von Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der arbeitsfähigen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinnütziger Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Verkehrs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Regelmäßige Gewerbehygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der öffentlichen Mitarbeit. Regelung der Frauen- und Kindererwerbstätigkeit. Zögertätiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Einplanung des gesamten Gesundheitswesens in eine Reichszentralbehörde für Volksgesundheits-, soziale Versicherungs- und Berufsberatungspolitik.“

Der Parteitag der U.S.P. tagte vom 20. bis 23. September 1922. Auch hier waren zahlreiche ausländische Gäste vertreten, unter der Leitung der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, Genosse Friedrich Adler-Wien. Den Geschäftsbericht der Parteileitung gab Genosse Ludwig. Er gab an, daß Partei zurzeit 290 762 Mitglieder zähle, über 43 eigene Zeitungen und eine Anzahl Zeitschriften verfüge. Sie besitzt in Deutschland eigene Druckereien, zum Teil auch Grundstücke. In den Parteien-

betrieben sind beschäftigt: 77 Redakteure, 224 kaufmännische Angestellte und 704 technische Angestellte (Buchdrucker usw.). Der Kassensbericht weist einen Kassenbestand am 31. August 1922 von 510 391,45 Mark auf. — Hierauf folgten der Bericht der Reichstagsfraktion durch Dr. Woske und Referate über die Ernährungsfrage von Dr. Herz und über die Reparationsfrage von Dr. Hilferding. Eine hierzu beschlossene Resolution bekundet sich zur Erfüllungspolitik des Reichs, wendet sich gegen das Uebermaß der Reparationsverpflichtungen und begrüßt das Abkommen mit Belgien, das die Möglichkeit einer gesunden Valutapolitik gebe. Sie verurteilt die Devisenhamsteri und -spekulation. Das Ziel muß sein: Die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz sowie die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die volle Sicherstellung der Ernährungs- und Brennstoffversorgung der Bevölkerung, der Kampf gegen Teuerung und Hunger und Schutz des bereits jetzt stark anwachsenden Arbeitslosenheeres. Angesichts der gewaltigen Preissteigerung für das freie Getreide und der zum 15. Oktober in Aussicht stehenden Verdreifung des Brotpreises, die durch die ungenügende zwangsweise Ablieferung von Getreide aus der heimischen Ernte notwendig wird, protestiert der Parteitag auf das allerentschiedenste gegen den unter dem Diktat der Agrarier zustande gekommenen gesetzwidrigen Beschluß des Umlagepreisausschusses auf Versteigerung des Preises für das Umlagegetreide. — Am 3. Verhandlungstage begründete Parteivorstehender Crispian in längerer Rede folgenden Antrag:

„Der Parteitag beschließt auf Grund des vorliegenden Aktionsprogramms und der vorliegenden organisatorischen Vereinbarung die Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Lebour als Korreferent und Dr. Kurt Rosenfeld erwiesen sich in der Debatte als entschiedene Gegner der Einigung, während Dittmann, Zubeil, Toni Sender, Dr. Breitheid usw. zwar nicht Gegner der Einigung waren, aber vielerlei Bedenken dagegen vortrugen. Der Antrag Crispian wurde hierauf unter stürmischem Beifall mit 192 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Sonntag (24. September) vereinigte dann die Delegierten beider Parteitage zum Einigungskongress in Nürnberg. Die Hauptreferate hielten für die SPD. Hermann Müller, für die U.S.P. Crispian. Die Organisationsbestimmungen und das Aktionsprogramm wurden einstimmig angenommen. Zu Vorsitzenden der neuen Partei wurden gewählt: Hermann Müller, Wels und Crispian. Vorsitzende der Kontrollkommission sind Brühne und Bod.

**Kampf schlägt die Brust, Sieg schlägt. Das heiße Blut  
Kostet hurtig. Lustig hüpfen alle Pulse.  
Kampf müdet nicht; Kampf gibt Zehnmännerkraft  
Erneut in Lieb und Haß.**

Gerhart Hauptmann.

schritten eingehend worden. Private Spekulantbörsen gibt es in einem halben Dutzend Lokalen in der Stadt. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß die Gewinnchancen für diese Herren niemals so groß waren als gerade jetzt.

Wie man gewonnen so zerronnen. Der Champagner ist teuer, Rotwein und die Spielfälle noch teurer. An der Karavannajahleuchtet bei Nacht ein Palast „Splendib“, wo Hunderte von Gästen verpielen, was sie verdient haben. Der Luxus in diesem Lokal trotz aller Beschreibung. Ein Auszug, groß wie ein Zimmer, mit einem hinauf in die oberste Etage, wo dem Kartenpiel gewidmet wird. (Die übrigen Etagen enthalten Billard-, Restaurant- und Konzertsäle usw.) Ein Neger nimmt den Hut entgegen und ein gallionierter Deiner weist einem den Weg. In ein paar großen Sälen sitzen Herren und Damen aus der neuen Gesellschaft hell bunt gemischt durcheinander um die Tische herum und spielen. Der kleinste Einsatz ist 20 Millionen, bezeichnet durch eine runde Marke mit „20“. Die Milliardenbündel (bestehend aus 100 Millionen Scheinen) tanzen ungeniert zwischen den Spielern hin und her. Scheinbar schlapp und gleichgültig sitzen sie dort und verlieren oder gewinnen ganze Vermögen in jedem Spiel, währenddem Millionen Menschen draußen in dem großen Lande das Nötigste sich verdienen müssen. Ein Bißchen an der einen Seite des Saales ist besetzt mit den ausgeschweiftesten Lederbissen: Kaviar, Austern, Wein, Champagner.

Man hat jedoch eine eigenartige Kombination zwischen diesen Spielhöhlen und der Hilfslosigkeit für die Hungerbezirke getroffen. Der vom Einkommen der „Bank“, Zehntausende von Milliarden an den Nacht gehen zu den Hungernden.

Am Sonntag, den 20. August 1922, wurden zum ersten Male fünf Jahre große Wettrennen in Rowoje Derewnie (Neuenburg) ausgetragen. Trotz dem Regen in Strömen, fuhr ich mit dem Weg, und nachdem ich eine halbe Stunde auf holperigen, gepflasterten Straßen durchgeschüttelt worden war, befand ich mich am Plage. Verschiedene der am Wettrennen beteiligten

Keller hatten auch Pferde, denen man die durchgemachte Hungerperiode deutlich anzusehen schien, aber ein Teil der Pferde befand sich in ausgezeichneter Verfassung. Riesenzelte waren errichtet worden, teils für die Pferde, teils zur Verpflegung des Publikums.

An einem anderen Tage machte ich einen Abstecher nach dem „Inseln“ hinaus und besah mir die eleganten Villen dort draußen. Nur einige wenige von diesen werden von ihren früheren Eigentümern bewohnt. Die allermeisten sind während der Unruheperiode übergeben worden und sind später von den Rätebehörden zu Kinderheimen und Erholungsheimen für Arbeiter und Beamte eingerichtet worden. Ich gehe in eine derartige Luxusvilla hinein. In der Küche wird gerade das Mittag angerichtet: Fleisch, Kartoffeln und Apfelpommes. Eine musterzügliche Ordnung und Sauberkeit. Die Wirtin führt mich in den Speisesaal, wo bereits etwa 20 Männer in ihren Arbeitsjacken sitzen. Sie lassen sich nicht im geringsten dadurch stören, daß ich durch die Räume gehe, aber ich bin höchst erstaunt über das gestittete Benehmen und die Ruhe, die hier herrscht. Im Billardsaal ist auch Leben. Keine Spuren von Zerstörung an Möbeln oder Teppichen sind wahrnehmbar. In diesen Erholungsheimen dürfen die Arbeiter ein paar Urlaubstage zubringen zur Erholung.

Ich habe auch eine Sprightour nach Südwesten nach Peterhof zu unternehmen, um dasselbe Kinderheim wieder zu besuchen wie 1920. Die Kinder scharen sich um mein Motorrad. Das eine und das andere kennt mich wirklich wieder und die kleine 18jährige Vorsteherin zeigt mir die Lokale. Ich fand nicht, daß es genau so sein und sauber aussah wie 1920, aber die Betten waren in Ordnung und die Kinder ebenso fröhlich und graziös wie damals. Sie erzählten mir jedoch, daß ihr Unterhalt sich in der letzten Zeit verschlechtert habe — eine natürliche Folge der Sparpolitik der Regierung. Aber keines der Kinder hatte Hunger gelitten. Sie haben Kühe und Pferde, Schweine und Hühner, die sie pflegen. In einigen Tagen soll der älteste Jahreskursus — 16jährige — die Schule verlassen und den Kampf ums Leben beginnen. Ganz sicher werden sie da lernen, was Entbehrungen heißt.

P. C. Brusewicz im „Dagens Nyheter“, Stockholm.

# ♦ Gas, Wasser, Elektrizität ♦

**Schlagwerkergeschützte Elektromotoren.** Nach den derzeit geltenden Unfallverhütungsvorschriften dürfen in den Apparat- und Reinigungsräumen der Gaswerke Elektromotoren nur dann als Antriebsmaschinen verwendet werden, wenn sie in besonderem Raum aufgestellt sind und die Antriebswelle mittels einer gasdichten Stopfbüchse durch die Wand hindurchgeführt ist. Diese Bestimmung wird als eine unnötige Erschwerung des Betriebs angesehen, zumal in Kokerereien sowie in chemischen Betrieben, in denen mit Benzol gearbeitet wird, die Verwendung von gekapselten Drehtrommotoren nach dem Durchzugstyp (Luftführung) unter bestimmten Bedingungen gestattet ist. Zur Entscheidung der Frage, ob die gleiche Erläuterung auch den Gaswerken ohne Bedenken bezüglich der Betriebssicherheit zugesprochen werden kann, wurden im Auftrag der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke eingehende Versuche mit geschlagwerkergeschützten Elektromotoren angestellt. Hierbei wurden verschiedene gekapselte Motoren nach dem Durchzugstyp geprüft, die folgende Bedingungen zu erfüllen hatten: Die Gasdichte ist durch Prüfung des Motorgehäuses auf 8 at gewährleistet. Die Bürsten liegen während des Ganges dicht an, so daß Funken am Kommutator nicht entstehen. Das Warmlaufen des Motors wird durch die Ventilatoren und die Sicherungen verhindert. Die Zugangsöffnungen zum Inneren des Motors, wie Wellenab, Bürstenabhebvorrichtung, Kabeleinführung und Lagerdeckel, sind abgedichtet. Die Dichtung zum Auswechseln der Bürsten ist mit dem Bürstenabheber gekuppelt, so daß bei geöffnetem Deckel die Bürsten nicht bewegt werden. Diese Schutzvorrichtung hatte sich bei Versuchen mit Benzoldampf-Luftgemischen als vollkommen sicher erwiesen. Bei Versuchen mit Gemischen von Leuchtgas und Luft konnte keine Explosion herbeigeführt werden, einleuchtend, ob der Motor stillstehend oder lief. Als an Stelle von Leuchtgas Wasserstoff benutzt wurde, der in eine größere Rückschlaggeschwindigkeit und ein großes Diffusionsvermögen besitzt, zeigte sich, daß in diesem Falle die Dichtung des Motors nicht ausreichend war, denn sobald ein Wasserstoff-Luftgemisch mit mehr als 15 v. H. Wasserstoff zur Explosion gebracht wurde, erfolgte ein Durchschlag durch die Wellendichtung. Dabei betrug der Explosionsdruck nur 2,2 at, während erst bei einem Wasserstoffgehalt von etwa 33 v. H. die höchstexplosive Mischung erreicht wird, die einen Explosionsdruck von 9 at ergibt. Da die Durchschläge ausschließlich zwischen Kapselung und Welle erfolgten, wurde die Wellendichtung verbessert, und zwar wurden vier verschiedene Ausführungen erprobt. Von diesen erwies sich nur eine als brauchbar, während bei den übrigen bei einem Druck von 4,3 at, entsprechend etwa 26 v. H. Wasserstoff, Durchschlag erfolgte. Die als brauchbar befundene Wellendichtung ist so konstruiert, daß zwischen zwei Büchsen, von denen die eine fest auf der Welle, die andere fest in der Bohrung der Kapselwand sitzt, 12 T-förmige Ringe so angeordnet sind, daß sie einen labyrinthartigen Kanal von 0,5 Millimeter Breite bilden. Die Explosionsgase müssen bei dieser Ausführung einen 210 Millimeter langen, schlangenförmigen Weg durchlaufen. Mit dieser Anordnung wurden sowohl bei stillstehendem als auch bei laufendem Motor Explosionsproben auszuführen, wobei Drucke bis zu 9 at erreicht wurden, ohne daß ein Durchschlag erfolgte. Es wurden noch weitere Versuche mit verminderter Ringzahl angestellt, um die Anordnung auf den Grad ihrer Sicherheit zu prüfen. Dabei zeigte sich, daß auch mit 8 Ringen (= 140 Millimeter Kanalänge) bei einem Explosionsdruck von 8,2 at kein Durchschlag erfolgte. Dennoch wurde die Zahl der Ringe auf 12 belassen, um die genügende Sicherheit zu erzielen. Diese Abdeckung gewährt, sofern sie mit peinlichster Sorgfalt ausgeführt ist, vollständigen Schutz gegen Durchschläge auch des stärksten Wasserstoff-Luftgemisches, sie kann unbedenklich auch für Leuchtgas und dessen Mischungen mit Wasser- gas Anwendung finden.

**Leuchtgas- und Elektrizitätsversorgung im Ruhrrevier.** Die Leuchtgasversorgung beim Kokerbetrieb ist im Ruhrrevier von 1903 bis 1914 um mehr als das Hundertfache gestiegen. Während 1903 von vier Zechen nur 1,37 Millionen Kubikmeter Leuchtgas hergestellt wurden, hat sich diese Menge auf 43,6 Millionen Kubikmeter im Jahre 1910, auf 119 Millionen Kubikmeter im Jahre 1912 und auf über 150 Millionen Kubikmeter im Jahre 1914 erhöht. Gleichfalls hat die Verwendung von Koksöfengasen zur Gewinnung von elektrischer Energie fortgesetzt zugenommen. Insgesamt wurden gegenüber 566 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1909, 1889 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1914 von den Zechen und Hütten des Ruhrbezirks erzeugt; 222 Millionen Kilowattstunden von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, 210 Millionen Kilowattstunden von der Aktiengesellschaft Phönix zu Ruhrort. Die Abgabe von Koksöfengas für Heizzwecke in Gasfernleitungsnetzen hat sich von 1 Million Kubikmeter im Jahre 1905 auf 22 Millionen Kubikmeter im Jahre 1910 und auf 169 Millionen Kubikmeter im Jahre 1915 erhöht. Die Stadt Barmen ging im Jahre 1910 wegen dauernder Begrenzung ihrer Gaserzeugung dazu über, Koksöfengas von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zu beziehen. Es folgten die Städte Reumühl, Hamborn, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr und andere. Die Kokerereien der westfälischen Zechen, die auch untereinander durch Fernleitungen verbunden sind, lieferten im Jahre 1917 mehr als

200 Millionen Kubikmeter Koksöfengas für Heizzwecke. Eine größere Ausdehnung haben die elektrischen Fernleitungen des Ruhrbezirks, die an Kokerereien angeschlossen sind, erfahren. Der rechten Rheinseite lieferten vier große Überlandzentralen, die westfälische Verbands-Elektrizitätswerk in Dortmund, die Zentrale „Westfalen“ in Bochum und „Märk“ in Hagen i. W., sowie die „Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk“ in Essen, die mit Koksöfengas betrieben werden, im Jahre 1917 allein über eine Million Kilowattstunden Strom gegenüber 240 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1911. Auf der linken Rheinseite betreiben diese Zentren die Kraftwerke „Fortuna“ bei Bergheim a. d. Elbe (kurz in der bedeutender Vergrößerung stehend) und „Zukunft“ bei Weisweiler das Kraftwerk an der West-Talsperre. Im Jahre 1919 betrug die Erzeugung des rheinisch-westfälischen Verbandsgebietes Leuchtgas 753 Millionen Kubikmeter, an elektrischer Energie 1,1 Millionen Kilowattstunden gegenüber 291,2 Millionen Kubikmeter und 1448 Millionen Kilowattstunden im Vorjahre 1918.

# ♦ Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter ♦

**Neuregelung der Arbeiterlöhne.** Auf Grund der mit den betriebsorganisatorischen geführten Verhandlungen sind die Löhne der Reichsarbeiter mit Wirkung ab 1. September 1922 neu geregelt. Die nach dieser Regelung zu zahlenden Lohnsätze der Ortsklasse A sind in nachfolgender Tabelle enthalten. Die Lohnsätze der übrigen Ortsklassen sind aus den nachstehend angegebenen Ortsklassenunterschieden und Beispielen von den Dienststellen zu rechnen. Die Lohnsteigerungen gelten rückwirkend vom 1. September 1922 nur für Arbeiter, die am Tage der Vereinbarung, am 21. September 1922, im Arbeitsverhältnis bei der Reichsverwaltung oder einer Reichsorganisation standen. Lohnnachzahlungen sind zu leisten: a) beim Ausscheiden infolge Todes für die Zeit vom 1. September 1922 bis zum Todestage an die erbberechtigten Angehörigen, die darum nachsuchen, b) beim Ausscheiden infolge Dienstunfähigkeit, c) beim Ausscheiden aus anderen Gründen auf Antrag, wenn der Ausscheidende noch im Monat September 1922 in den Dienst der Reichsverwaltung eingestellt worden ist. Etwa vorhandenen Lehrlingen sind die für Lehrlinge der Reichsbahnverwaltung festgesetzten Vergütungen zu zahlen. Der Zuschlag beträgt vom 1. September ab 3,50 M. für die Woche oder 168 M. für die Woche oder 728 M. für den Monat. Der Zuschlag und Uebererzeugungszuschüsse bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Die Bezüge der zum Bereich des Reichsoberverwaltungsamtes Reichspostministerium gehörenden Arbeiter regeln sich entsprechend. Von den an der Anstaltsbetrieblung teilnehmenden Lagerarbeitern sind für die volle Betätigung an Stelle der unter G. Ziffer 3. Ergänzungsabkommens vom 25. April 1922 aufgeführten Vergütungssätze vom 1. September ab von den Lohnbezügen für vollen Kalendermonat einzubehalten:

	Ortsklasse			
	A	B	C	D
Männliche Kräfte . . . .	7410	7280	7170	7090
Weibliche Kräfte . . . .	6800	6180	6080	5940

# Lohntabelle (gültig ab 1. September 1922).

## A. Betriebsarbeiter (Stundenlohn).

Vom voll- endetem . . . Lebensjahre	Männliche Kräfte							Weibliche Kräfte	
	Lohngruppe							Lohngruppe	
	I	II	III	IV	V	VI	VII	I	II
14	—	—	—	—	28,70	26,0	25,10	20,50	18,90
15	—	—	—	—	33,30	31,10	30,20	25,40	23,80
16	—	—	—	—	41,0	40,20	39,30	30,60	29,00
17	—	—	—	—	50,40	49,0	48,10	37,0	35,40
18	46,40	64,40	62,40	60,60	68,0	68,20	67,30	43,10	41,50
19	69,80	67,80	65,90	64,10	62,50	61,70	60,80	45,00	43,40
20	73,60	71,60	69,60	67,70	66,10	65,30	64,40	48,10	46,50
21	76,40	74,40	72,40	70,60	69,0	68,20	67,30	51,10	49,50
22	77,80	75,80	73,80	72,0	70,40	69,60	68,70	52,10	50,50
23	79,20	77,20	75,20	73,40	71,80	71,00	70,10	53,10	51,50
24	80,70	78,70	76,70	74,90	73,30	72,50	71,60	54,10	52,50

Die vorstehenden Lohnsätze der Ortsklasse A betragen sich, und zwar in allen Lohngruppen und Altersstufen, den männlichen Kräften in Ortsklasse B um je 1,70 M., C um 3,40 M., D um je 5,10 M., E um je 6,80 M.; bei den weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 1,20 M., C um je 2,40 M., D um je 3,60 M., E um je 4,80 M. Hiernach beträgt beispielsweise der Stundenlohn des 24jährigen Arbeiters der Lohngruppe VII in Ortsklasse C 73,30 M., des 22jährigen der Lohngruppe VI in Ortsklasse D 63,70 M., des 18jährigen der Lohngruppe VI in Ortsklasse B 56,50 M.; der 14jährigen Arbeiterin der Lohngruppe II in Ortsklasse C 16,50 M., der 24jährigen Arbeiterin der Lohngruppe I in Ortsklasse E 45,40 M. Von den Stundenlohnätzen entfallen zwei Drittel auf den Grundlohn, ein Drittel auf den Teuerungs-  
schlag.



### B. Verwaltungsarbeiter (Wochenlohn). Ortsklasse A.

Lohngruppe	Männliche Kräfte			Weibliche Kräfte	
	I	II	III	I	II
14	—	126,40	120,80	—	84,80
15	—	160,80	155,20	—	104,80
16	—	143,80	139,20	—	134,80
17	258,40	240,80	232,40	178,80	168,80
18	298,40	280,80	272,40	218,80	208,80
19	338,40	320,80	312,40	258,80	248,80
20	378,40	360,80	352,40	298,80	288,80
21	418,40	400,80	392,40	338,80	328,80
22	458,40	440,80	432,40	378,80	368,80
23	498,40	480,80	472,40	418,80	408,80
24	538,40	520,80	512,40	458,80	448,80

Die vorstehenden Monatslöhne der Ortsklasse A verringern sich und zwar in allen Lohngruppen, Lebensalters- und Familienkräften in Ortsklasse B um je 81,60 M., in Ortsklasse C um je 163,20 M., in Ortsklasse D um je 244,80 M., in Ortsklasse E um je 326,40 M.; bei den weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 57,60 M., in Ortsklasse C um je 115,20 M., in Ortsklasse D um je 172,80 M., in Ortsklasse E um je 230,40 M. Hiernach beträgt beispielsweise der Wochenlohn des 24jährigen ungel. Arbeiters (Lohngruppe I) in Ortsklasse B 3518,40 M., des 24jährigen ang. Arbeiters (Lohngruppe II) in Ortsklasse D 3115,20 M., der 19jährigen ang. Arbeiterin (Lohngruppe I) in Ortsklasse B 1672,80 M., der 24jährigen ungel. Arbeiterin (Lohngruppe I) in Ortsklasse E 2179,20 M. Von dem Wochenlohnstufen entfallen zwei Drittel auf den Grundlohn, ein Drittel auf den Teilerhöhlungslohn.

### C. Sagarbeiter (Monatlich). Ortsklasse A.

Lohngruppe	Männliche Kräfte				Lohngruppe	Weibliche Kräfte			
	Im Dienstjahre					Im Dienstjahre			
	1	2	3	4		1	2	3	4
1.	13,07	13,72	14,05	14,94	4	9,18	9,44	9,62	9,84
2.	13,36	14,54	14,43	15,62		9,78	9,98	10,16	10,34
3.	13,65	15,32	15,41	15,96	5	10,74	10,92	10,79	10,93
4.	13,94	16,14	15,58	16,82		9,18	9,35	9,74	9,92
5.	14,23	16,43	16,17	16,42	6	9,682	9,900	10,118	10,336
6.	14,52	16,72	16,80	16,80		10,236	10,444	10,662	10,880
7.	14,81	17,02	17,10	17,10	6	9,787	9,988	9,785	9,414
8.	15,10	17,32	17,40	17,40		9,810	9,619	9,728	9,967
9.	15,39	17,62	17,62	17,62		9,833	10,042	10,251	10,460

Die vorstehenden Monatslöhne der Ortsklasse A verringern sich und zwar in allen Lohngruppen, Lebensalters- und Familienkräften, bei den männlichen Kräften in Ortsklasse B um 81,60 M., C um je 680 M., D um je 1020 M., E um je 1360 M.; bei den weiblichen Kräften in Ortsklasse B um je 240 M., C um je 360 M., D um je 720 M., E um je 960 M. Hiernach beträgt beispielsweise der Monatslohn eines 24jährigen Arbeiters der Lohngruppe 3, im 4. Dienstjahre, in Ortsklasse B 14580 M., eines 24jährigen Arbeiters der Lohngruppe 2, im 1. Dienstjahre, in Ortsklasse C 12070 M., eines 21jährigen Arbeiters der Lohngruppe 1, im 3. Dienstjahre, in Ortsklasse E 13482 M.; einer 24jährigen Arbeiterin der Lohngruppe 4, im 4. Dienstjahre, in Ortsklasse B 1658 M., einer 18jährigen Arbeiterin der Lohngruppe 5, im 2. Dienstjahre, in Ortsklasse D 5636 M., einer 21jährigen Arbeiterin der Lohngruppe 6, im 3. Dienstjahre, in Ortsklasse E 8768 M.

### Landstraßenwärter

Eine Chauffeur-Konferenz der Gaue Brandenburg und Ostpreußen a. d. O. und der Niederlausitz fand am 17. September in Berlin statt. Kollege Wille, berichtete über die Kämpfe, die seit dem Beginn der Chauffeur-Bewegung zu bestehen waren. Außerdem gab er bekannt, daß der 1. September für Klasse I 292 M., für Klasse II 290 M., für Klasse III 290 M., für Klasse IV 288 M. betrage. Runderlohn 100 M. Runderlohn 11,40 M. pro Tag für jedes Kind. In der Diskussion gaben die Kollegen ihrer Zustimmung Ausdruck. Die Kollegen Strunk und Wernke berichteten, daß viele Klagen laut wurden über das Ausbleiben der erhöhten Löhne und der Nachzahlungen. Die Gauleitung wurde ersucht, bei Verhandlungen darauf zu dringen, daß das Geld sofort ausbezahlt sei, da sonst die Nachzahlungen durch die enormen Preissteigerungen entwertet werden. Kollege Strunk besprach die Verbesserungsvorschläge des Tarifes und führte dabei die Stellen der Gauleitungen an. Die Verbesserungsvorschläge der Gauleitungen wurden einstimmig angenommen. Die Wahl zur Tarifkommission ergab: Brandenburg: Rager, Juchacz, Ebert, Ostpreußen: Koch, Niederlausitz: Frankfurt a. d. O.

Reg.-Bez. Wiesbaden. Die

1922 50 Pf. pro verkaufte Beitragsmarke beschlossen. Der Gauvorstand hat das Recht, den Gaubetrag nach den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen zu erhöhen. Zur Verbandsratswahl empfahl die Konferenz, die Stimmen auf den von der Filiale Augsburg vorgeschlagenen Kandidaten Britsch zu vereinen. In die Landestarifkommission der Gemeindefürsorge wurden die Kollegen Schuster, Augsburg, und Trögl, Ingolstadt, gewählt. Britsch, Augsburg, und Stadel, Ingolstadt, als Ersatzmitglieder. Die nächste Gaunkonferenz findet in Augsburg statt.

**Gau Dortmund.** In der Gaunkonferenz am 24. September sprach Kollege Bergel über die Neuorganisation des Gauvorstandes. Die darauf folgende Wahl ergab, daß folgende Kollegen gewählt wurden: Wegel und Röthling, Dortmund; Dehnert, Schwelm; Rühlmann, Herne; als Stellvertreter: Buschmann und Schulz, Dortmund; Urbeditt, Iserlohn, und Jaupel, Hattlingen. Als Kandidat für die Wahl eines Verbandsmitgliedes für den 16. Wahlkreis wurde Kollege Hinz, Bochum, aufgestellt. Darauf behandelte Kollege Bergel die Beitragsfrage. Der Gaubetrag bleibt wie bisher bestehen, soll aber im Bedarfsfalle erhöht werden. Kollege Bergel wies darauf hin, daß die Beträge für die Hauptkassas allmonatlich einzusenden sind. Am 8. Oktober findet die Betriebsratskonferenz in Hamm statt.

**Gau Erfurt.** In der Landestarifkonferenz der gemeindlichen und städtischen Arbeiter Groß-Thüringens gab Kollege Stierwald den Bericht über die in diesem Jahre stattgefundenen Lohnverhandlungen und Tarifabschlüsse. Ferner kam Kollege Stierwald auf die Grenzstreitigkeiten zu sprechen, die immer noch mit dem Verband der Heizer und Maschinisten und anderen Bruderorganisationen auszufechten sind. An der Aussprache wurde kritisiert, daß die Spanne zwischen den Ortsklassen und Gruppen, zwischen gezielten, angelernten und ungelernten Arbeitern zu groß sei. Die Gauleitung und die Tarifkommission sollen versuchen, bei den Lohnverhandlungen für den Monat Oktober keine weiteren Spannungen eintreten zu lassen. Weiter soll angestrebt werden, daß die Ruhe, die in den letzten Monaten im Gau herrschte, nicht durch die Tarifabschlüsse der Städte und Gemeinden gefährdet wird. Zur Finanzierung der Tarifkassas wurde beschlossen: An Beitrag für die Tarifkasse wird erhoben pro Mitglied und Monat 1 Mk., rückwirkend ab 1. April bis 30. September 1922. Ab 1. Oktober 1922 3 Mk. pro Mitglied und Monat. — Anschließend an diese Konferenz tagte die Zusammenkunft der thüringischen Staatsarbeiter, des Personals der thüringischen Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten und der Landestheater. Kollege Heider berichtete über die Lohnbewegungen und Manteltarifverträge. Es wurden Anregungen gegeben, daß einzelne Bestimmungen in dem Manteltarif für die Staatsarbeiter eine Verbesserung zugunsten der Arbeiter erwünscht werden. — Nunmehr schloß sich noch eine gemeinschaftliche Konferenz an, in der die Forderungen gestellt wurden, für die gemeindlichen und städtischen Arbeiter für den Monat Oktober. Ein Antrag, zu den bisherigen Stundenlöhnen einen Zuschlag von 40 Pf. als Forderung dem Tarifverband einzureichen, fand einstimmige Annahme. — Am 24. September trat die Gaunkonferenz zusammen, die den Bericht des Kollegen Stierwald vom 9. Verbandstag in Magdeburg entgegennahm. Die Wahl des Gauvorstandes ergab, daß die Kollegen Luftermann und Jipfel, Erfurt, Günther, Mühlhausen, und Münich, Weimar, als Beisitzer gewählt wurden. Als Ersatzleute Dachrodt, Erfurt, Heine mann, Erfurt, Trautmann, Bera (Reuß), und Hude, Jena. Eine Entschädigung, die den ADGB. auferlegt, einen Reichsbetriebsratskongress einzuberufen, wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde, die nächste Gaunkonferenz in Altenburg stattfinden zu lassen.

**Gau Hannover.** In der Gaunkonferenz am 24. September in Hannover schiederte Kollege Meißner die Gründe, die zu der Schaffung von Gauvorständen führten, auch streifte er die Veränderung des Verwaltungsapparats im Hauptvorstand, die Einrichtung des Verbandsbeirats und die Beitragsfrage. Es wurde beschlossen: Alle Filialen für das Tarifgebiet des kommunalen Arbeitgeberverbandes Hannover haben pro Mitglied und Monat 2 Mk. an die Gaufasse abzuführen. Eingegriffen sind die Filialen, die Mitglieder in der Tarifkommission haben. Diese Beiträge treten ab 1. September 1922 in Kraft. Auf Vorschlag des Kollegen Meißner wird beschlossen, vom Gaubureau allmonatlich an die Filialen Richtlinien herauszugeben, nach denen dann eine einheitliche Beitragsleistung erfolgen soll. Ferner wird angeregt, einen einheitlichen Satz in den Ortsausschlüssen einzuführen. In den Gauvorstand wurden gewählt: Kassierer Gahenmeyer-Hannover, Schriftführer Großkopf-Göttingen, Beisitzer Fuhrmann-Celle und Erdmann-Hannover. Ersatzleute sind die Kollegen Tirge, Tacke, Dahl und Schöppe.

**Gau Lübeck.** Die Gaunkonferenz am 24. September in Güstrow beschäftigte sich mit der Wahl des Gauvorstandes, Bildung einer Gaufasse und der Wahl zum Verbandsbeirat. Nach einleitenden Worten des Kollegen Voht wurden die Kollegen Voht, Kuller, Runge, Bormann und Roggelin als Vertreter, als Ersatzleute Werretig, Voigt, Walzow und Hecht gewählt. Ueber die Wahl zum Verbandsbeirat entspann sich keine Diskussion, da Einverständnis mit dem Gau Kiel vorlag, den Kollegen Wandel (Lübeck) als Vertreter und den Kollegen Scholl-

mann (Kiel) als Ersatzmann zum Verbandsbeirat aufzustellen. Ueber die Beiträge zur Gaufasse wurde beschlossen, den Beitrag männliche auf 1,50 Mk. und 1 Mk. für weibliche pro Monat zusetzen. Dem Gauvorstand soll das Recht zugesprochen werden, nach Rücksprache mit den Ortsbeiräten der größeren Filialen, Beiträge neu festzusetzen, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt. Die Tarifkommission soll sich aus je einem Kollegen der Filiale Schwerin, Büttow, Neustrelitz Neubrandenburg, Waren, Teterow zusammensetzen. Die Wahl dieser Kollegen soll in den Filialen vorgenommen werden. Die engere Tarifkommission, die bisher die Tarifverhandlungen im Bezirk geführt hat, wird von nicht berührt und bleibt wie bisher bestehen. Ein Antrag, Kollegen Kopp (Wismar), eine Aussprache über den Reichsbetriebsratskongress herbeizuführen, wurde abgelehnt. Angeregt wurde baldigst eine Konferenz des Krankenpflegepersonals einzuberufen. Wir wollen nicht unterlassen, unsere Kollegen aufzufordern, für obenbenannten Kollegen zum Verbandsbeirat zu stimmen.

**Gau Magdeburg.** In der Gaunkonferenz am 24. September Magdeburg berichtete Kollege Wachendorf über den Gauvorstand und die Betriebsratskonferenz in Leipzig. Ferner behandelte er einige Stellen des Betriebsratsgesetzes. In der Aussprache hierüber waren alle mit den Richtlinien des Leipziger Kongresses und mit den Bestimmungen Wachendorfs einverstanden. Die Lohnverhandlungen werden eingehend besprochen und dabei festgestellt, daß es uns bei der Zeit aller Kollegen möglich sein muß, allen Stürmen Trotz zu bieten. In den Gauvorstand wurden gewählt: die Kollegen Fahrig, Senft, Magdeburg, Schmidt, Jerichow, und Betz, Dessau, als Mitglieder. Die Kollegen Walter, Stendal, Betz, Dessau, Förster und Heise, Magdeburg, wurden als Ersatzleute gewählt.

**Böhl.** Am 16. September fanden unsere Lohnverhandlungen mit der Finanzkommission statt. Nach längerer Verhandlung wurden folgende Lohnsätze vereinbart: Gruppe I 70 Pf., Gruppe II 65 Pf., Gruppe III 60 Pf., Gruppe IV 55 Pf., Gruppe V 50 Pf. Außerdem wurde von dem Ende August gewährten Zuschlag von 1000 Pf. die Hälfte, also 500 Pf., gestrichen. Für nicht vollqualifizierten Arbeiter konnten neue Lohnsätze noch festgesetzt werden. Ein Angebot von 60 Pf. pro Stunde ist unserer Gauleitung sehr niedrig ab. Die Angelegenheit mit dem Betriebsrat geregelt werden.

**Hannover.** Die 17. Lohnbewegung der Gemeindefürsorge für die Zeit vom 16. September ab folgendes Resultat:

Arbeiter	14-16	16-18	18-20	20-21	21-24	24-26
Gelernte . . .	—	—	42,—	57,—	68,—	68,—
Angelernte . . .	—	—	40,—	55,—	64,—	67,—
Ungelernte . . .	23,—	28,—	38,—	53,—	62,—	67,—

Schwarzarbeiter 1.— Mk. mehr pro Stunde.

Arbeiterinnen	14-16	16-18	18-20	20-21	21-24	24-26
Gelernte . . .	—	—	—	30,—	44,—	44,—
Angelernte . . .	—	—	27,—	34,—	42,—	42,—
Ungelernte . . .	18,—	22,—	25,—	32,—	40,—	40,—

Heimarbeitern in allen Dienststellen 30.— Pf.

Hausdienstgeld wird auf 2 Pf. pro Stunde erhöht. Kinder bleibt 1,50 Pf. Vorarbeiterzulage wird auf 16 Pf. pro Tag gesetzt. Außerdem weisen wir darauf hin, daß am 1. Oktober der Betriebsplan Wirkung erhält. Er ist den Vorständen der Betriebsräte magistratsfrei zugestellt worden. Wo Dienstverhältnisse überschauen sind, müssen die Vorstände beim Arbeitgeber reklamierten.

**Köln a. Rh.** Die 8. Lohnbewegung der städtischen Arbeiter wurde durch Schiedsspruch beendet. Der Schiedsspruch sieht folgende Löhne vor: Ab 25. August in Lohngruppe Ia im 1. Jahr: 70 Pf., im 2. Jahr: 70,30 Pf., Lohngruppe Ib im 1. Jahr: 69,80 Pf., im 2. Jahr: 69,90 Pf., Lohngruppe Ic im 1. Jahr: 69,30 Pf., im 2. Jahr: 69,40 Pf., Lohngruppe Id im 1. Jahr: 68 Pf., im 2. Jahr: 68,10 Pf., Lohngruppe Ie im 1. Jahr: 67,50 Pf., im 2. Jahr: 67,60 Pf., Lohngruppe Vf im 1. Jahr: 67,20 Pf., im 2. Jahr: 67,30 Pf., Arbeiterinnen im 1. Jahr: 44,80 Pf., im 2. Jahr: 44,90 Pf. Arbeiterinnen, die gleiche Arbeit wie die Arbeiter verrichten, werden in die entsprechenden Lohngruppen eingereiht. In diesen Löhnen erhalten die Verheirateten eine Verheiratenzulage von 2 Pf. und eine Kinderzulage von 2,50 Pf. Die Stunde für die zu berücksichtigende Kind. Bei Wechselschichtarbeitern ist auch die höchste Schicht der Verheiraten- und Kinderzulage zu zahlen. Jugendliche Handwerker im Alter von 18—20 Jahren erhalten Stundenlohn von 49,20 Pf., Handwerker unter 18 Jahren erhalten 38,10 Pf. die Stunde. Stundenlöhne für jugendliche Arbeiter betragen im 15. Lebensjahre 20,20 Pf., im 16. Lebensjahre 22,70 Pf., im 17. Lebensjahre 28,20 Pf., im 18. Lebensjahre 32,90 Pf., im 19. Lebensjahre 42,50 Pf., im 20. Lebensjahre 48,50 Pf., für jugendliche Arbeiterinnen in den gleichen Jahren 17,90 Pf., 19,70 Pf., 23,70 Pf., 32,30 Pf., 36,60 Pf. Gehälter erhalten im 1. Jahr 17 Pf., im 2. Jahr 18,20 Pf., im 3. Jahr 20,80 Pf., im 4. Jahr 23,50 Pf. Die städtischen Arbeiter haben



Abstimmung das Angebot angenommen. Die Stimmung war eine sehr erregte und teilweise hatte es den Anschein, daß es zum Streit kommen sollte. Zur Beruhigung der Gewerkschaften wurde aber beigegeben, daß ab 15. September neue Löhne vereinbart werden. Diese Lohnverhandlungen beginnen am 18. September.

**Am 15. September** nahmen die Gemeindegewerkschaften zu dem am 13. September in Weimar gefällten Schiedsspruch der dahin geht, daß ab 1. bis 15. September die Löhne der Gewerkschaften unverändert bleiben. Die Löhne betragen demnach 51,30 bis 51,50 M., b) Einzelrente 49 bis 49,20 M., Einzelrente 48,10 bis 48,30 M. und für Frauen 33,60 bis 33,80 M. pro Stunde für Ortsklasse II (Kostod). Außer diesen wird eine Kinderzulage von 2 M. pro Kind und Stunde eine Frauenzulage von 1 M. pro Stunde gezahlt. Kollege, der dies als Mitglied der Schiedsstelle darauf hin, daß er nicht die Annahme des Schiedsspruches eintreten kann, sondern die Ablehnung empfehlen muß. In der Debatte sprachen sich die Kollegen gegen die Annahme aus. Für die Annahme sprach Kollege. Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung. Es wurde dann beschlossen, an den Rat und die Stadtverordneten einen Dringlichkeitsantrag zu richten, der fordert, daß im September die Staatsarbeiterlöhne gezahlt werden, da man die Arbeiter nicht zumuten kann, bis zur endgültigen Lösung mit den jetzigen Löhnen zu wirtschaften. Weiter wurde die Entscheidung einstimmig angenommen, die an den Verbandsrat, an den ADGB-Ortsausschuß Rostock und die politischen Parteien die Anforderung stellt, einheitliche Lohnkämpfe zu führen. In die Lokalkommission wurden die Kollegen Behrens, Reibold, Weiland, Karnah, Tille und Schuldt gewählt.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

**Beschlüsse des Gewerkschaftsausschusses.** Folgende Entschlüsse wurden in der Sitzung am 29./30. September 1922 angenommen: 1. Zur wirtschaftlichen Lage. Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesrat in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen genommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Preises. Er weist erneut die Regierung und die Parlamente des Reichs und der Länder auf die völlige Unhaltbarkeit der Lage hin, welche die Masse der Bevölkerung durch die ungeheuren Preissteigerungen auf allen Gebieten genommen ist. Er erwartet von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst alle erforderlichen Maßnahmen treffen und beauftragt den Bundesrat, auch weiterhin als Mahner und Dränger unausgesetzt für die Durchführung der gewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken. Hierbei erinnert der Ausschuss insbesondere an seine Entschlüsse vom August 1921, die eine Forderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft forderte. Es ist eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der Gesamtbevölkerung, zur Aufgabe bringt. Der Ausschuss erkennt jedoch nicht, daß die Ursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in ungesunden Kapitalismus liegt. In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude die Unterstützung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, ist deshalb der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues von Europa die Wirtschaftspolitik gegen Deutschland endlich aufzugeben und den Weg zu einem wahren Frieden und zur Versöhnung der Völker eingeschlagen werden möge.

2. Gegen die kommunistischen Gewerkschaften. Der Ausschuss der Veröffentlichungen der kommunistischen Partei, die in Verhöhnungen und Beschimpfungen der Gewerkschaften, die alles frühere Maß überschreiten. Jede Ausklärung der Haltung von Vertretern bleibt vergeblich, und die ungesunden Vermutungen werden täglich aufs neue wiederholt mit einer neuen Energie und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Misstrauen erregen muß. Diese Weisheit der kommunistischen Agitation, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften zu erschüttern. Deshalb wird letzteren tagtäglich nur die Mühseligkeit, sondern überhaupt der Wille abgegriffen, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser ungesunden Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die kommunistische Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand

nehmen müssen. Demgegenüber steht der Ausschuss des ADGB fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsrätekongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen. Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesausschuß auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrengten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebiets unterstützen. Wie alle bisherigen Versuche der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige, mit so vielen unläuteren Mitteln unternommene an dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

3. Uebersichten im Bergbau. Der Bundesausschuß stimmt dem Uebersichtenabkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterschaft darbringen. Der Bundesausschuß erklärt, daß durch die Uebersichten der gefällige Siebenstundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf. Die Uebersichten darf nur solange fortbauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernstliche Versuch, den Arbeitsstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abgelehnt werden. Der Bundesausschuß hätte gewünscht, daß das Uebersichtenabkommen benutzt worden wäre zu einer Verringerung der seitherigen Art der Kohlenverteilung. Mit der Verfügung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisentungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Uebersichtenkohle diesem Zwecke zuzuführen. Der Bundesausschuß beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und verweist insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verbilligung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Verringerung der Wohnungsnot durch entsprechende Verwendung der Uebersichtenkohle herbeizuführen. Die jetzigen Monopole der Baustoffhersteller müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Syndikatspreise aller Baustoffe. Es würde noch unerträglicher sein, wenn aus den jetzigen Uebersichten der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder den Nutzen zögen. Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Uebersichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.

4. Die Lage im Baugewerbe. Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt hat verhängnisvolle Folgen gezeigt, daß eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit befürchtet werden muß. Schon in der letzten Zeit sind in verschiedenen Orten Wohnungsbauten eingestellt worden. Zu allem Ueberflus hat der letzte Städtetag die Gemeinden noch aufgefordert, das Weiterbauen zu unterlassen. Gegen diese kurzfristige Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesausschuß aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Städtetages Rechnung getragen, so bedeutete dies auf der einen Seite eine dauernde Verschlimmerung der heute schon unerträglichen Wohnungsnot, auf der anderen Seite aber die bewußte Herbeiführung einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und die völlige Zerrüttung unserer Volkswirtschaft. Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dem zahlreiche Baunebengewerbe, einschließlich der Baustoffindustrien, des Baustofftransports und der Bauausstattungsindustrie, abhängig sind. Würde das Baugewerbe stillgelegt, so bedeutete das für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe. Um dem zu entgehen, fordert der Bundesausschuß des ADGB sofortige Maßnahmen zur Fortführung der Bautätigkeit. Der Unterausschuß des Wohnungsausschusses des Reichstags hat dem Reichstag hierfür geeignete Vorschläge unterbreitet, deren schnellste Ueberführung in gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich ist. Insbesondere fordert der Bundesausschuß die schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen. Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.

## • Rundschau •

**Die kanadischen Gewerkschaften.** Während der letzten Kriegsjahre, seit 1916, machte die Gewerkschaftsbewegung in Kanada erhebliche Fortschritte. 1919 betrug die gesamte Mitgliederzahl aller Arbeiterorganisationen in Kanada 378 047 in 2848 Ortsgruppen. 1920 fiel die Mitgliederzahl auf 373 842; dagegen stieg die Zahl der Ortsgruppen um 71 auf 2919. Das Jahr 1921 bedeutete eine Wendung in dieser günstigen Entwicklung. Die Gewerkschaften verloren 60 522 Mitglieder und 250 Ortsgruppen. Von den verbleibenden 313 320 Mitgliedern entfielen auf die internationalen Gewerkschaften 222 896 in 2223 Ortsgruppen. International nennt man in Nordamerika alle Gewerkschaften, die sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada Mitglieder organisieren. Meistens sind diese Gewerkschaften an den Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen. 90 424 Mitglieder gehören rein kanadischen Gewerkschaften an, und zwar 45 424 freigewerkschaftlichen Organisationen, während 45 000 katholischen Gewerkschaften angeschlossen sind, die seit 1912 in Kanada bestehen und seit dem 1. Januar 1922 in dem

**Volkshochschule Groß-Berlin.** Der Arbeitsplan für die Winterlehrgänge ist seeben erschienen. Er geröhrt in die Kollegen und jeder Kollegin, denn die Beirtröbungen der Hochschule kommen auch dem gewerkschaftlichen Streben der Teilnehmerinast zugute. Je mehr der Horizont der Arbeiter sich weitet, desto rascher und zweckmäßiger wird sie die Probleme lösen können, vor die sie gestellt ist. Doch die Hochschule fördert den Interessen der Arbeitnehmer dient, ist gewiss die entscheidende Mitwirkung von Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung aller Richtungen im Vorstand der Anstalt. Es ist daher notwendig, die Hochschule in Groß-Berlin in den Kreisen der Arbeitnehmer nachdrücklich zu vertreten. Jeder Betriebsrat hat die Pflicht, den Vorstand der Plakaten und Arbeitsplänen der Volkshochschule anzulegen. Die Verteilung dieses Werbematerials erfolgt durch die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Die Beirtröbungen erfolgt am besten geschlossen durch die Betriebsräte des ganzen Betrieb, da dies eine Umarmung von Vorgesetzten eriport. Es genügt in diesem Falle, Art und Anzahl der benötigten Karten der Geschäftsstelle der Volkshochschule telefonisch anzufagen. Die Geschäftsstelle (Grosß-Berlin 34 36, am Bahnhof Friedrichstraße) ist täglich von 10 Uhr bis 6 Uhr geöffnet. Telefon: Zentrum 758.

## • Briefkasten •

O., Essen, u. a. Berichte über Festlichkeiten der Filialen, Besuchen usw. können in die „Gewerkschaft“ nicht aufgenommen werden.